



Amtsgericht Lüdenscheid

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Montag, 15.06.2026, 11:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal E29, Dukatenweg 6, 58507 Lüdenscheid**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Lüdenscheid-Land, Blatt 7874,

BV lfd. Nr. 1

Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Lüdenscheid-Land, Flur 75, Flurstück 308, Gebäude- und Freifläche, Auf'm Aul, Größe: 449 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt sich um ein Einfamilienhaus, welches freistehend ist.

Das Gebäude ist nicht unterkellert. Es gibt ein Nebengebäude, welches ein Doppelcarport, ein Gartengerätehaus und ein Saunahaus jeweils in Holzbauweise, eingeschossig, enthält.

Das Grundstück hat eine Gesamtfläche von ca. 449 m². Die Wohnfläche beträgt insgesamt (EG und OG) ca. 132 m². Die Nutzfläche im nachträglich ausgebauten Dachgeschoss beträgt ca. 53 m².

Erbaut wurde das Grundstück ca. 1997.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 05.12.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

285.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.